

Foto: Laurence Chaperon

Das Signal von Frankfurt: CDU und CSU setzen auf Sieg

„Geschlossen und entschlossen“ für den Sieg bei der Bundestagswahl am 22. September kämpfen! – dazu hat Kanzlerkandidat Edmund Stoiber die Union aufgefordert und unter tosendem Beifall 4.000 Parteifreunden und Gästen zugerufen: „Rot-Grün hat abgewirtschaftet.“

Weit mehr, als der Saal „Harmonie“ im Congress-Centrum fassen konnte,

waren am Donnerstag, den 31. Januar, nach Frankfurt am Main gekommen und erlebten einen Wahlkampfauftakt, der nicht besser hätte gelingen können.

Die Botschaft auch an alle diejenigen, die die Kundgebung im Fernsehen mitverfolgt und über sie am Tag darauf in den Zeitungen gelesen haben: Die Unionsparteien sind mobilisiert. CDU und CSU setzen auf Sieg. ▶



Foto: dpa

Gemeinsam mehr
aus Deutschland
machen.

Wortlaut der Reden
von Edmund Stoiber
und Angela Merkel
in Frankfurt/Main

INNENTEIL UND
www.cdu.de

■ Angela Merkel: Wir werden um den Wahlsieg in Sachsen-Anhalt kämpfen (Seite 4) ■ Generalsekretär Laurenz Meyer: Strucks Äußerung ist eines demokratischen Parlamentariers unwürdig (Seite 5) ■ Fischer und Brunnhuber zu den Machbarkeitsstudien Magnetschwebebahn: Hamburg-Berlin unverändert sinnvollstes Fernverkehrsprojekt (Seite 6) ■ Angela Merkel: Die Forschung an adulten Stammzellen hat absoluten Vorrang (Seite 7) ■ Peter Götz: Rot-Grün reißt Milliardenlöcher in die Gemeindehaushalte (Seite 8) ■ Friedrich Merz zum Organstreitverfahren Airbus-Beschaffung: Sieg des Parlaments (Seite 9) ■ Ulf Fink: Dafür sorgen, dass die Menschen so lange wie möglich gesund sind (Seite 12) ■ 50 Jahre Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU (Seite 15) ■ Neujahrsempfang der CDU Bremen. Angela Merkel gratuliert Bernd Neumann zum 60. (Seite 18)

Edmund Stoiber und Angela Merkel: **Gemeinsam** mehr aus Deutschland machen

„Arbeitslosigkeit – Rezession – Neuverschuldung“: das ist die Bilanz der Schröder-Regierung. Die Antwort auf die Frage aber, wie der wirtschaftliche Niedergang beendet werden soll, bleibt der Kanzler den Menschen schuldig.

Edmund Stoiber: Ihm und seiner rot-grünen Ministermannschaft „fehlt jede Reformkraft“ – ein „wahres Schattenkabinett“, von dem nichts mehr zu erwarten ist.

Eine „Trendwende“ muss her. „Neue Kräfte“ müssen her. Der Kanzlerkandidat plädierte für eine Steuerreform, die diese Kräfte entfaltet und durch eine Entlastung des Mittelstands vor allem dazu beitrage, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Edmund Stoiber: Wir werden „hart für Deutschland arbeiten“. Die Union ist zu dieser Arbeit und zu vollem Einsatz bereit.

Jeder Bürger könne für sich persönlich die traurige Bilanz rot-grüner Regierungsleistungen ziehen: „Versprochen – gebrochen“, „Pannen und Pleiten!“

Angela Merkel in ihrer Rede: „Der Lack ist ab“: Was 1998 im Chaos begonnen habe, werde im Stillstand enden. Deutschland brauche aber Aufbruch und Bewegung. Und die – bekräftigte die Parteivorsitzende – gibt es nur mit der Union.

”

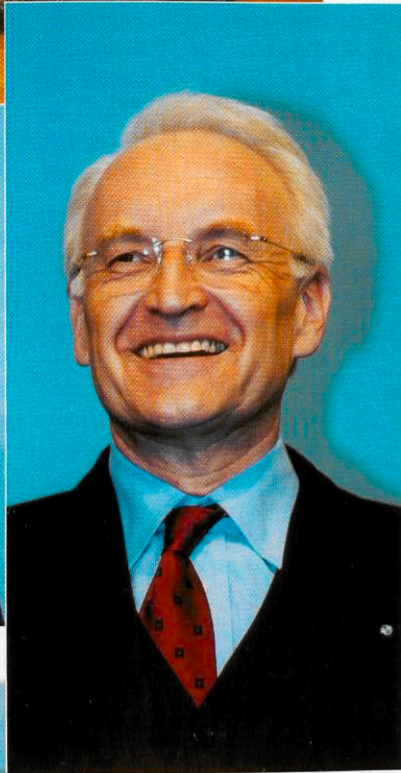
Die Wirtschaft: am Boden. Die Stimmung: mies. Die Regierungsmannschaft: ganz offensichtlich eine Gurkentruppe.

Laurenz Meyer zitiert in Frankfurt aus der „Woche“ über den Zustand der Regierung Schröder

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egernmannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



**Gemeinsam
mehr aus
Deutschland
machen**

Fotos: Laurence Chaperon

Wir werden um den Wahlsieg in Sachsen-Anhalt kämpfen

Als „deutliche Wechselperspektive“ zugunsten der CDU hat Angela Merkel die politische Stimmung in Sachsen-Anhalt bezeichnet und angekündigt: „Wir haben die große Chance, stärker als die SPD zu werden. Wir werden um den Sieg bei der Landtagswahl am 21. April kämpfen.“

Auf einer Pressekonferenz nach der Präsidiumssitzung am 28. Januar im Konrad-Adenauer-Haus erklärte die Parteivorsitzende, dass ein Wahlsieg in Sachsen-Anhalt vor allem deshalb ein „riesiger Erfolg“ wäre, weil er es Ministerpräsident Höpner unmöglich machen würde, weiterhin mit der PDS zu kooperieren.

Präsidiensklausur in Wörlitz

Am 8. und 9. März, kündigte sie an, werde in Wörlitz eine gemeinsame Klausur der Präsidiien von CDU und CSU stattfinden, auf der das Wahlprogramm für die Bundestagswahl beraten werden soll. Beabsichtigt ist



auch, bei dieser Gelegenheit in den Landtagswahlkampf einzugreifen.

Im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung sowohl in Sachsen-Anhalt als auch auf Bundesebene werden die Themen Wirtschaft und Arbeitsmarkt stehen. Bereits die Arbeitslosenzahlen im Februar, die höchstwahrscheinlich die 4-Millionen-Grenze überschreiten werden, sind Anlass genug, immer wieder auf die schweren wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Versäumnisse von Rot-Grün hinzuweisen.

Wie erfolglos die Regierung Schröder auf diesem Feld agiert, habe das Scheitern der jüngsten Gesprächsrunde im „Bündnis für Arbeit“ gezeigt. Sie bedauere

diesen erneuten Fehlschlag, an dem deutlich geworden ist: Der Kanzler verliert jetzt auch die Unterstützung der Gewerkschaften.

Angela Merkel: „Schröders Politik ist gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtet. Und den Arbeitnehmervertretern reißt jetzt der Geduldsfaden.“ Beispiele für Schröders verfehlte Politik: sinkende Realeinkommen und steigende Verbrauchssteuern.

Die Liste der aktuellen Pannen auch auf anderen Politikfeldern ist lang:

- Ausgerechnet der zum *shooting star* der Regierung hochgelobte Bundesinnenminister Schily sitze seit letzter Woche mit einem „vermurksten“ NPD-Verbot noch „tiefer in der Tinte“ als Walter Riester mit dem Vergabe-Skandal in seinem Haus oder Ulla Schmidt mit ihrer verkorksten Gesundheitsreform.
- Und wieder Scharping! – der mit einer „völlig unverbindlichen politischen Wil-



„ROT-GRÜNE SCHÖNFÄRBEREI“

und „völlige Verkennung der Realität“ hat Matthias Wissmann, den „Konjunktur-Optimismus“ bezeichnet, den der Jahreswirtschaftsbericht verbreitet. Wer angesichts von einer rein rechnerischen Verbesserung des Wirtschaftswachstums von 0,6 Prozent in 2001 und 0,75 in 2002 von „Aufschung“ rede, so der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU, will offensichtlich vergessen machen, dass in Deutschland die Arbeitslosigkeit weiter steigt und Deutschland auch in diesem Jahr das Schlusslicht beim Wachstum in Europa bleibt. Der Gipfel: Die Staatsdefizitwarnung der Europäischen Kommission.

lenskundgebung“ bei der Beschaffung des zukünftigen Lufttransportflugzeugs 4 400 M für die Bundeswehr das Haushaltsrecht des Bundestags hat umgehen wollen.

■ Mit allen Mitteln versucht Finanzminister Hans Eichel zu verhindern, dass Deutschland wegen seines Staatsdefizits einen „blauen Brief“ aus Brüssel erhält. Die Finanzlage des Bundes – aber auch der Länder und Kommunen – ist so dramatisch geworden, dass die Einhaltung der vereinbarten Stabilitätskriterien zu misslingen droht.

Unser Ziel ist in greifbare Nähe gerückt

Die neuesten Meinungsumfragen zeigen, dass die rot-grüne Bundesregierung und die sie tragenden Parteien den Rückhalt bei den

Wählerinnen und Wählern immer mehr verlieren. Selbst wenn man für die Union besonders günstige Ergebnisse mit Vorsicht zur Kenntnis nehmen sollte: „Die Union hat die große Chance, die Bundestagswahl zu gewinnen. Das Ziel, am 22. September stärkste Fraktion im Deutschen Bundestags zu werden, rückt in greifbare Nähe.“

Rot-Grün in der schwersten Krise seit Amtsantritt

Während CDU und CSU bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze und überhaupt mit ihrer Wirtschaftspolitik einen klaren Kompetenzvorsprung vor allen anderen Parteien haben, befindet sich Rot-Grün in der „schwersten Krise seit Amtsantritt“.

LAURENZ MEYER:

Unwürdig

Zur Äußerung des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, Wolfgang Gerhard mache sich zum „Hilfsanwalt des NPD-Juristen Horst Mahler“ und die Opposition komme in Gefahr sich zum „Förderverein der Rechtsradikalen“ zu machen, erklärte Laurenz Meyer:

Die Äußerung ist der unanständige Versuch, vom groben Fehlverhalten Schilys abzulenken. Sie ist inakzeptabel, auch wenn aus Sicht der SPD die vermeintlich letzte Stütze ihrer Regierungsarbeit bröckelt. Sie ist eines demokratischen Parlamentariers unwürdig.

Struck muss sich umgehend für seinen schlimmen Ausraster entschuldigen. Auch seine Äußerungen über die gesamte parlamentarische Opposition bedürfen einer Entschuldigung. Sollte Herrn Struck hierfür die Größe fehlen, wirft das ein erbärmliches Licht auf seine Vorstellung von politischer Auseinandersetzung in einer Demokratie.

Hamburg-Berlin **unverändert** sinnvollstes Fernverkehrsprojekt

Zur Vorstellung der Machbarkeitsstudien zu den Magnetschwebebahn-Projekten in Bayern und Nordrhein-Westfalen erklärten der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Berichterstatter für die Magnetschwebebahn:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Machbarkeitsstudien in Bayern und Nordrhein-Westfalen, die zum Ziel haben, die sinnvolle Anwendung der Magnetschwebebahn-technik in Deutschland nachzuweisen. Bekannterweise unterstützt die Union diese innovative und zukunfts-trächtige Verkehrstechnik.

■
Die Union verlangt jetzt von der Regierung ein umgehendes ergebnisorientiertes Handeln in Form von:

■ Kabinettsbefassung und -entscheidung, in deren Verlauf die notwendigen Haushaltsmittel durch Finanzminister Eichel bereitgestellt werden, da entgegen der

wahrheitswidrigen Behauptung von Bodewig und Finanzministerium in der Presse weder im Bundeshaushalt 2002 noch in der mittelfristigen Finanzplanung auch nur ein Euro tatsächlich eingestellt wurde. Außerdem wurde ein Unionsantrag in den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2002, entsprechende Verpflichtungsermächtigungen auszubringen, durch Rot-Grün abgelehnt;

■ einer Einbindung des Koalitionspartners Bündnis 90/Die Grünen, der seine bisher geübte Fundamentalopposition gegen die Anwendung der Magnetschwebebahn-technik in Deutschland aufgeben und sich grundsätzlich positiv zu den Projekten stellen muss. Nur so wird verhindert, dass eine inhaltslose Schau zur Bundestagswahl 2002 stattfindet.

Noch in dieser Legislaturperiode müssen – wie zu Regierungszeiten der Union – der Bundestag und dessen Fachausschüsse damit befasst werden.

Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass entgegen dem Fernverkehrsprojekt



D. Fischer



G. Brunnhuber

Hamburg-Berlin die nunmehr vorgestellten Projekte Nahverkehrsprojekte sind, die größtenteils die im Emsland erprobte Langstator-technik verlassen und auf die unerprobte Kurzstator-technik übergeben. Die wirklichen Systemvorteile der Magnetschwebebahn-technik ergeben sich aber vor allem im Fernverkehr in Langstator-technik mit erheblichen Komfort- und Fahrzeitgewinnen.

Unverändert gilt, dass das Projekt Hamburg-Berlin das sinnvollste Fernverkehrsprojekt ist und technisch, betrieblich und wirtschaftlich am ehesten machbar ist. Dieses Projekt ist seinerzeit lediglich auf Druck von Bahnchef Mehdorn wegen dessen Firmenegoismen mit Rücken-deckung von Kanzler Schröder durch seinen seiner-

Die Forschung an adulten Stammzellen hat **absoluten Vorrang**

Der Deutsche Bundestag hat am 30. Januar beschlossen, den Import embryonaler Stammzellen unter strengen Auflagen zu ermöglichen. Für diesen Antrag der Abgeordneten Maria Böhmer u. a. (Drucksache 14/8102) stimmten 340 Parlamentarier.

Für ein gesetzliches Verbot des Stammzellen-Imports votierten 265 Abgeordnete. Ein Vorstoß für die weitgehende Freigabe der Forschung mit embryonalen Stammzellen war bereits zuvor gescheitert.

Das Parlament musste sich mit dem Thema beschäftigen, weil das Embryonenschutzgesetz diese Frage nicht geregelt hatte. Es bestand Handlungsbedarf, da bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

mehrere Anträge für Projekte vorliegen, in denen mit embryonalen Stammzellen gearbeitet werden soll.

Die Parteivorsitzende Angela Merkel sprach sich in ihrer Rede klar gegen die Erzeugung von Embryonen zu Forschungszwecken aus. Zugleich hob sie hervor, dass die Diskussion um den Import embryonaler Stammzellen an die Grenzen der Forschung heranführe: „Gute Wissenschaft kann von Ethik nicht getrennt werden, das ist eine Einheit und muss eine Einheit sein.“

Ausdrücklich forderte Angela Merkel dazu auf, der Forschung an adulten Stammzellen „absoluten Vorrang“ einzuräumen. In diesem Zusammenhang wies sie darauf hin, dass mit der Entscheidung über den Im-

port embryonaler Stammzellen letztlich eine grundsätzliche Neuausrichtung der zukünftigen Forschungspolitik verbunden sei. Gerade die Forschung an adulten Stammzellen biete ein erhebliches Potential, das verstärkt genutzt werden müsse.

Die Parteivorsitzende betonte, sie werde für den Antrag stimmen, der die verbrauchende Embryonenforschung verbiete, den Import embryonaler Stammzellen unter strengen Auflagen jedoch ermöglichen will. Danach sollen nur embryonale Zelllinien eingeführt werden dürfen, die vor einem bestimmten Stichtag hergestellt worden sind.

[http://](http://www.cdu.de)

Mehr zum Thema und Wortlaut des Antrags Böhmer: www.cdu.de


zeitigen Verkehrsminister Klimmt gekippt worden.

Zweifelsfrei wird es für die norddeutsche Region ein erheblicher Gewinn sein, wenn nach einem Wahlsieg von Edmund Stoiber und der Union bei der Bundestagswahl 2002

dieses Projekt wieder aufgegriffen werden kann.

Es ist schon besonders pikant, wenn die rot-grüne Bundesregierung für eine Nahverkehrsverbindung im Ruhrgebiet mit 78,9 km Länge auf bestehenden Eisenbahntrassen mit 3,2 Mrd

Euro mehr Geld auszugeben bereit ist, aber für die Strecke Hamburg-Berlin für einen kompletten Trassenneubau von 292 km Länge lediglich 3,1 Mrd Euro.

Honni soit qui mal y pense! Ein Schuft, der dabei etwas Böses denkt. 

Rot-Grün reißt **Milliardenlöcher** in die Gemeindehaushalte

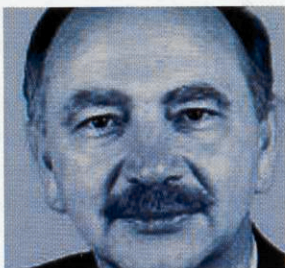
In seinem Debattenbeitrag über die Finanzkrise der Gemeindehaushalte im Deutschen Bundestag am 25. Januar erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Unsere Kommunen rutschen in die Pleite. Sie müssen Gebühren erhöhen, Investitionen und Leistungen für die Bürger streichen. Immer mehr Gemeinden müssen Pflichtaufgaben und Personalkosten auf Pump bezahlen. Straßen werden nur noch notdürftig geflickt. Schulen sind in unwürdigem Zustand.

Dabei verschlanken sie seit Jahren ihre Verwaltungen – weit effektiver als Bund und Länder. Sie haben kommunales Vermögen verkauft wie nie zuvor.

Aber gegen die kommunalfeindliche Politik der Bundesregierung hilft das alles nichts. Wie schon als Ministerpräsident in Niedersachsen erweitert Schröder seinen eigenen politischen Handlungsspielraum durch den Griff in die Kassen der Gemeinden.

Das ist kurzfristig gedacht und unverantwortlich.



Das widerspricht seinem Amtseid: das Wohl des deutschen Volkes mehren.

Die kommunalen Investitionen lagen 2001 in den alten Ländern 45 Prozent und in den neuen 25 Prozent unter dem Niveau von 1992. Das ist katastrophal für das Wirtschaftswachstum und gefährdet den Standort Deutschland. Die Kommunen tätigen fast 70 Prozent der öffentlichen Investitionen. Nun können sie es nicht mehr.

Auftragsrückgang, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe sind die Folgen. Die Gemeinden zahlen mehr als die Hälfte ihrer Steuereinnahmen für soziale Leistungen; Trend steigend. SPD und Grüne treffen Entscheidungen auf Kosten der Gemeinden am Fließband:

■ Mit dem Konjunkturreinbruch und der Unterneh-

menssteuerreform sanken die kommunalen Gewerbesteuerereinnahmen 2001 um mehr als 10 Prozent, im 3. Quartal sogar um 30 Prozent.

■ Trotz sinkender Einnahmen erhöht Rot-Grün die Gewerbesteuerumlage von 20 auf 30 Prozent. Ein Griff in die Tasche der Kommunen – zu Gunsten von Bund und Ländern. Wir fordern sofortige Korrektur!

■ 50 Mrd. Euro Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen blieben vollständig beim Bund. Die Telekommunikationsunternehmen schreiben die Kosten ab. Folge: 7 Mrd. Euro weniger kommunale Gewerbesteuer. Ein Teil der Erlöse muss zu den Gemeinden!

■ Der Bund kann seine Einkommensteuersenkung kompensieren, zum Beispiel mit der Ökosteuer und dem Verkauf von Postaktien. Die Gemeinden trifft es voll: Für dieses Jahr werden die Einnahmen aus ihrem Anteil an der Einkommenssteuer 3,5 Prozent niedriger prognostiziert als 2001.

■ Die Gemeinden finanzieren 25 Prozent des Kinder-

Sieg des Parlaments

Anlässlich des Organstreitverfahrens mit dem Unionsantrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung im Zusammenhang mit dem Militärflugzeug Airbus A 400 M erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Bei der mündlichen Verhandlung über den Antrag der Unionsfraktion vor dem Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe mit dem Ziel, der Bundesregierung zu untersagen, hinsichtlich der Beschaffung des Transportflugzeugs Erklärungen abzugeben, die für den Bundestag bei seinen künftigen

haushaltsrechtlichen Entscheidungen eine rechtliche Bindung bewirken würden, musste die Bundesregierung eine vollständige Unterwerfungserklärung abgeben. Sie hat damit einräumen müssen, was die Unionsfraktion mit ihrer einstweiligen Anordnung erreichen wollte. Damit hat die Unionsfraktion in der Sache voll obsiegt.

Die Bundesregierung hätte allen Beteiligten den Weg zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe ersparen können, wenn sie diese Erklärung bereits letzte Woche im Deutschen Bundestag abgegeben hätte.

wurde versprochen: Gemeindefinanzen stärken, Konnexitätsprinzip beachten (keine Aufgaben bei den Kommunen ohne vollen Finanzierungsausgleich schaffen), Gemeindefinanzsystem überprüfen. Versprochen und gebrochen. Erst unter dem massivem Druck der Krise und immer härterer Kritik sogar von den eigenen SPD-Bürgermeistern bewegt sich die „ruhige Hand“: Im Frühjahr 2002

soll endlich eine Kommission zur Überprüfung des Gemeindefinanzsystems gebildet werden. Zu spät! Ergebnisse wird diese Regierung nicht mehr vorweisen.

Schröder hat den Untergang der kommunalen Selbstverwaltung eingeläutet. Die Kommunen sind die Basis unserer Demokratie. Schröder regiert sie kaputt.

Es wird Zeit für die bessere Alternative von CDU und CSU.

geldes. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, keine kommunale. Wir fordern Korrektur.

■ Zu den finanziellen Folgen der BSE-Krise schrieb Rot-Grün in ihr „Schnellgesetz“: „Dem Bund entstehen keine Kosten, den Ländern und den Kommunen entstehenden erhebliche Kosten.“ Nach unten wegdrücken mit ruhiger Hand.

■ Mit der Grundsicherung im Alter durch Riesters Rentenreform zwingt Rot-Grün die Kommunen zur Schaffung neuer Ämter. Die Leistungen für die Empfänger kosten die Gemeinden 20 Prozent mehr als früher. Selbst vermögende Kinder werden nicht mehr in die Pflicht für ihre Eltern genommen. Die Gemeindefinanzen sinken. Wir sagen: „Wer bestellt, der soll bezahlen!“

■ In Schilys Entwurf für das Zuwanderungsgesetz steckt eine Kostenlawine für die Gemeinden: volle Sozialhilfe aus kommunalen Kassen für bestimmte Flüchtlingsgruppen, die bisher vom Bund finanziert werden. Mindestens 750 Millionen Euro kosten die vorgesehenen Integrationskurse. Schily verliert kein Wort darüber, wer dafür aufkommen soll.

In der rot-grünen Koalitionsvereinbarung von 1998

KLAUS RIEGERT:

Ehrenamtlich Tätige stärken

In der Debatte im Deutschen Bundestag zur „Sicherung der Zukunft der Vereine durch wirtschaftliche und bürokratische Entlastung – Erhöhung der Gestaltungsmöglichkeiten und Freiräume“ erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Sport und Ehrenamt“ der CDU/CSU Bundestagsfraktion:

Die Antwort der Bundesregierung zur Situation der fast 500.000 Vereine und der dort ehrenamtlich Tätigen zeichnet sich durch Arroganz und Überheblichkeit aus: Keine steuerlichen Erleichterungen; keine bürokratischen Entlastungen; keine Anerkennung für Millionen ehrenamtlich Tätige.

Die Bedenken und die Forderungen der Vereine werden durch Rot-Grün beiseitegeschoben, die gesellschaftliche Bedeutung und die Leistungen von Millionen ehrenamtlich Tätigen ignoriert.

Unsere Vereine stehen vor großen Herausforderungen. Sie leisten tagtäglich hervorragende Arbeit, Millionen Bürger, vor allem junge Menschen, finden dort eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Unsere Vereine sind die

sozial integrative Kraft und Klammer für breite Bevölkerungsschichten. Wir müssen die wirtschaftliche Kraft unserer Vereine stärken.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deshalb die Bundesregierung aufgefordert, ■ die Besteuerungs- und Zweckbesteuerungsgrenzen deutlich anzuheben, ■ die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit gemeinnützige Vereine zusätzlich Rücklagen in Höhe bis zu 25.000,- Euro bilden können, ■ die Neuregelungen der 325-Euro-

Jobs und der Scheinselbstständigkeit für gemeinnützige Vereine zu verändern,

■ die steuerfreien Einnahmen nach § 3 Nr. 26 EStG auf ehrenamtlich tätige Vorsitzende und Funktionsträger zu erweitern, ■ für ehrenamtlich tätige Mitglieder, die § 3 Nr. 26 EStG nicht erfasst, eine steuerfreie Ehrenamtspauschale von 600,- Euro einzuführen, ■ den Vereinen die Möglichkeit zu geben, selbst Spendenbescheinigungen auszustellen oder das Durchlaufspendeverfahren zu wählen.

ILSE AIGNER:

Das war keine „Meisterleistung“

Zur Vorstellung der Kampagne zum Meister-BAföG erklärte die zuständige Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Was Bundesbildungsministerin Bulmahn und Bundeswirtschaftsminister Müller jetzt vorgestellt, kommt leider viel zu spät.

Das Meister-BAföG ist endlich zum 1. Januar in Kraft getreten und soll den Rückgang beim Meister-

nachwuchs stoppen. In fast allen Handwerksbereichen und in der Industrie sind Rückläufe zu verzeichnen.

Diese Entwicklung wurde schon früh von der CDU/CSU erkannt. Bereits im November 2000 haben wir einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt.

Es bleibt zu hoffen, dass die künftigen Meister die neuen Fördermöglichkeiten auch wirklich in Anspruch nehmen.

NUR ALLE 5 JAHRE sollen nach dem Willen der Koalitionsfraktionen CDU und FDP künftig wie die Nordrhein-Westfalen auch die Hessen ihren Landtag wählen. Landtagspräsident Klaus Peter Müller: „In einer fünfjährigen Wahlperiode steht deutliche mehr Zeit zur Verfügung, um Politik umzusetzen.“ Denn ein Jahr brauche eine neue Regierung zur Eingewöhnung, und das Jahr vor der Wahl sei bereits wieder vom Wahlkampf beherrscht.

GRÖßER ALS bisher angenommen sind die Steuerausfälle der öffentlichen Haushalte. Noch einmal mehr als zwei Milliarden Euro fehlen Bund und Ländern im Vergleich zur Steuerschätzung 2001. Mit 372,5 Mrd. Euro haben Eichel und seine Länderkollegen im letzten Jahr bereits 15,8 Mrd. weniger eingenommen als im Jahr 2000.

JEDER VIERTE Deutsche hat angesichts steigender Arbeitslosenzahlen Angst um seinen Arbeitsplatz. Vor allem die ostdeutschen Erwerbstätigen (45 Prozent) befürchten, arbeitslos zu werden. Sicher fühlen sich Beamte (95 Prozent) und Selbstständige (85 Prozent).

DAS HÖFE-STERBEN in Deutschland hält an. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, gab es im letzten Jahr nur noch 447.000 landwirtschaftliche Betriebe. Damit sank die Zahl seit 1991 um fast ein Drittel. Entsprechend ist in dieser Zeit auch die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten gesunken: um 560.000 auf heute nur noch 1,3 Millionen.

JOB-MOTOR ist mit 20 Prozent Zuwachs pro Jahr die Windenergie. Derzeit gibt es nach Angaben des Bundesverbands Windenergie (BWE) 35.000 (Vorjahr: 29.000) Arbeitsplätze in dieser Branche. Die meisten Hersteller von Windkraftanlagen sind in Schleswig-Holstein und Hamburg.

KLARHEIT über die Zukunft der Gewerbesteuer will der Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft. Worum es ihm dabei geht: Die Bundesregierung soll die Investitionsfähigkeit der Städte und Gemeinden wieder herstellen. Mario Ohoven, Präsident des Verbands: „Die akute Finanznot der Kommunen verträgt keine Verschiebung der Gemeindefinanzreform.“

ZUR AUSNAHME wird in Deutschland immer mehr

der klassische Acht-Stunden-Arbeitstag von Montag bis Freitag. 70 Prozent von 2.500 befragten Unternehmen gaben an, dass ihre wöchentliche Betriebszeit in der Regel die vertragliche oder tarifliche Wochenarbeitszeit überschreite.

MEHR ONLINE-Einkäufe hat die Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) festgestellt. Angestiegen ist der Zahl der Internet-Kunden von Mai bis Oktober 2001 um 4,3 auf 20 Millionen. Gleichzeitig ist aber der Umsatz des E-Commerce in Deutschland um 33 Prozent auf 0,8 Milliarden Euro gesunken.

EINEN HÖCHSTSTAND hat in der 46-jährigen Geschichte der Bundeswehr die Zahl der Kriegsdienstverweigerer erreicht: fast 183.000. Überproportional viele Anträge hat es dabei von Reservisten und bereits Einberufenen gegeben.

DOPPELT SO VIELE illegale Einwanderer wie vor 10 Jahren leben nach Angaben der Statistikbehörde in den USA. Die meisten von ihnen stammen aus Lateinamerika. Rund 1,1 Mio. Menschen aus Europa leben heimlich in den USA – davon mehr als 113.000 Deutsche. **UD**

Dafür sorgen, dass die Menschen so lange wie möglich gesund bleiben

Das deutsche Gesundheitswesen steht in den kommenden Jahrzehnten vor großen Herausforderungen in den Bereichen **Kuration, Rehabilitation und Pflege, bedingt durch:**

- den demografischen Wandel, der zu einem immer höheren Versorgungsbedarf einer alternden Bevölkerung führt

- den medizinisch-technischen Fortschritt, der immer neue und innovative Behandlungsmethoden und Medikamente hervorbringt. Dies hätte nachteilige Auswirkungen auf die Lohnnebenkosten und den Arbeitsmarkt, die gleichzeitig aber kostenintensiv sind.

Wenn die Beitragssätze nicht ins Unermessliche steigen sollen, muss mit den vorhandenen Mitteln sparsam umgegangen werden. Das „Gesetz der Knappheit der Mittel“ gilt also auch – und besonders – im Gesundheitswesen. Deshalb ist es unter diesem Aspekt vernünftig, zunächst vorhandene Wirtschaftlichkeitsreserven auszuschöpfen. Aber mit diesem Ansatz allein werden die künftigen Herausforderun-



gen für unser Gesundheitswesen nicht zu meistern sein. Denn irgendwann ist auch die letzte Wirtschaftlichkeitsreserve aufgebraucht und die Finanzierungsfrage stellt sich erneut.

Eine wichtige Option, um die Herausforderung des Gesundheitswesens im 21. Jahrhundert zu bestehen, liegt in der Stärkung der Prävention.

Tatsache ist, dass die Investitionen für den gesamten Gesundheitsschutz und Prävention zur Zeit nicht einmal 4,5 % der gesamten Gesundheitsausgaben ausmachen. Auf der anderen Seite gehen zahlreiche wissenschaftliche Studien davon aus, dass durch verstärkte Investitionen in lang- und mittelfristige Prävention sich 25-30 % der heutigen Gesundheitsaus-

gaben in Deutschland theoretisch einsparen ließen. Das ist ein gewaltiges Einsparpotential.

Bei der Prävention handelt es sich darüber hinaus um eine humanitäre Aufgabe ersten Ranges: Ein Gesundheitssystem, das dafür sorgt, dass die Menschen nicht krank werden, sondern so lange wie möglich gesund bleiben, hat seinen Namen erst verdient.

Dagegen haben die in letzter Zeit viel diskutierten und von der Bundesregierung seit Beginn dieses Jahres eingeführten Disease-Management-Programme (DMP) für chronisch Kranke – neben anderen – den grundsätzlichen Nachteil, dass sie wiederum erst bei der Krankheit von Menschen ansetzen. Sich um Menschen zu kümmern, wenn sie krank sind, ist gut; auf die Vermeidung von Krankheit zu setzen ist besser!

Die Stärkung der Prävention könnte – dies hat die deutsche AIDS-Aufklärungskampagne bewiesen – eine notwendige Zukunftsinvestition sein und zur Verbesserung der Ge-

sundheit der Bevölkerung beitragen.

Prävention ist aber nicht eine Aufgabe, die allein von der GKV übernommen werden kann. Es stellt sich vielmehr die Frage, wie Prävention in allen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens verankert werden kann. Es ist daher vornehmlich Aufgabe der Politik, Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen und als solche auch zu vermitteln. Die Erhöhung der Lebenserwartung und ihrer gesundheitlichen Qualität in den vergangenen Jahrzehnten ist nur zu 20-40 % auf medizinische Maßnahmen zurückzuführen. Der größte Anteil entfällt auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Bildung, Ernährung, Hygiene, Verminderung von Umweltbelastungen etc. Hier müssen auch zukünftig Präventionsmaßnahmen ansetzen.

I. Aktionsprogramm Prävention

Wir fordern die Schaffung eines umfassenden, ressortübergreifenden „Aktionsprogramms Prävention“ und die Entwicklung von Strategien im Sinne einer Bündelung von Ressourcen

gemeinsam mit den Einrichtungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Nicht zuletzt ist auf Länder- und kommunaler Ebene ein verändertes Verständnis von Gesundheitspolitik erforderlich, das im Rahmen eines integrierten und ressortübergreifenden Managements Ressourcen bündelt und zugleich ungenutzte Potentiale ausschöpfen hilft.

Erfahrungen aus anderen Ländern sind hierfür wegweisend:

■ Zur Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung läuft seit 1998 in Großbritannien unter der Beteiligung von elf Ressorts die Kampagne „Our healthier Nation“ (Great Britain Department of Health 1999). Definiert wurden Gesundheitsziele auf unterschiedlichen Ebenen, für deren nationale und lokale Erreichung Ressourcen bereitgestellt wurden.

■ Die Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen in Finnland ist ein gelungenes Beispiel für einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Unter Beteiligung zahlreicher Einrichtungen des Gesundheitswesens, der Betriebe, Medien und der Politik wurde seit Anfang der 70er Jahre eine Bandbreite von Maßnahmen zur Reduktion

von Risikofaktoren auf nationaler und kommunaler Ebene durchgeführt. Diese reichen von Information und Beratung über Screeningprogramme bis hin zu gesetzlichen Regelungen zum Rauchen. Innerhalb von 25 Jahren konnte Finnland die kardiovaskuläre Mortalität um über 60% senken und hierbei vom weltweit letzten Platz zu den vorersten Plätzen aufsteigen.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass auch in Deutschland, wenn die Notwendigkeit zur Prävention von der Politik erkannt und ihre Umsetzung unterstützt wird, ein konzertiertes Vorgehen machbar und erfolgversprechend ist.

II. Bundes-Präventionsgesetz

Der Bund muss innerhalb seiner gesetzgeberischen Kompetenzen eine Verzahnung und Harmonisierung der unterschiedlichen Präventionsbegriffe herbeiführen. Über die GKV und die soziale Pflegeversicherung hinaus lassen sich Vorschriften zur Prävention auch im Bereich der gesetzlichen Unfallversicherung am Arbeitsplatz, in öffentlichen Einrichtungen, in Schulen und Kindergärten

finden §§ 1, 14 – 25, 26 ff. SGB VII). Auch die Rentenversicherung und das Bundessozialhilfegesetz enthalten Regelungen, die präventive Inhalte und Leistungen tangieren. Daneben bestehen weitere Leistungs- und Organisationsregelungen, wie die Gesetze und Rechtsverordnungen zum Arbeitsschutz und zum gewerblichen Gesundheitsschutz (Mutterschutzgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz, Arbeitsstättenrichtlinien). Die einzelnen Gesetze und Rechtsverordnungen sind nur in Ausnahmefällen unmittelbar miteinander verzahnt (wie z.B. Krankenkassen und Berufsgenossenschaften in § 20 SGB V). Eine Bündelung, Abstimmung und Neukodifizierung der weit verstreuten Ansätze zur Prävention ist durch ein übergreifendes Präventionsgesetz („SGB XII“) zu erreichen. Bei der gesetzlichen Verzahnung, Bündelung und Neuregelung sollte gleichzeitig die Gleichstellung von Prävention und Rehabilitation mit der Kuration herbeiführt werden.

Zugleich bleibt gegenwärtig die krankenkasseneigene Prävention nach § 20 SGB V besonders anfällig für präventionsfremdes Marketing im Wettbewerb. Der Kassenwettbewerb, der

grundsätzlich richtig ist, findet hier unter Bedingungen statt, die eine freie funktionsbezogene Entfaltung von Prävention eher verhindert, vor allem mit Blick darauf, dass diese sich entsprechend der gesetzlichen Vorgabe vorrangig auf sozial schwache Gruppen oder gesundheitlich besonders gefährdete Gruppen beziehen soll. Darüber hinaus gilt es, bei den Anbieterqualifikationen darauf zu achten, dass die Anforderungen vereinfacht, entbürokratisiert und nachvollziehbar ausgestaltet werden.



III. Anreizsysteme

Allein mit einer Veränderung der biologischen, sozialen und technischen Umwelt („Verhältnisprävention“) wird eine präventive Neuausrichtung nicht zu schaffen sein. Ohne das Zutun eines jeden Einzelnen bleiben alle gutgemeinten Ansätze einer Präventionspolitik im Sande stecken. Schutz, Förderung Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit sind eine zugleich gemeinschaftliche und individuelle Aufgabe. Kein Gesundheitswesen in der Welt kann darauf verzichten, dass sich jeder Versicherte auch selbst um seine

Gesundheit kümmert. Großes Gewicht kommt daher der Verhaltensprävention zu. Ein verhaltenspräventiver Ansatz kann aber nur dann Erfolg haben, wenn Anreize für eine gesundheitsbewusste Lebensführung gesetzt werden. Richtig gesetzte Anreize sind die Grundvoraussetzung für eine positive Beeinflussung von individuellen Einstellungen und Lebensgewohnheiten. Wer verantwortungsvoll mit seiner Gesundheit umgeht und regelmäßig vorsorgt, muss auch belohnt werden, z.B. in Form eines „Bonus“.

Zur Zeit existieren in der GKV drei verschiedene Anreizsysteme zur Verbesserung der Inanspruchnahme von Präventionsleistungen. ■ Bislang einzigartig ist die Reduktion von Zuzahlungen zum Zahnersatz bei jährlicher Durchführung zahnärztlicher Vorsorgeuntersuchungen (Bonusheft). Das Prinzip der Reduktion von Zuzahlungen wurde auch bei kontinuierlicher Wahrnehmung einer kieferorthopädischen Behandlung im Kindes- und Jugendalter eingeführt. Eine Zuzahlungsreduktion ließe sich bei Inanspruchnahme regelmäßiger präventiver Leistungen auch auf andere Bereiche (Rauchen, Über-

gewicht, Bewegungs-mangel etc.) ausdehnen.

■ Einige Krankenkassen (z.B. die GEK) bieten ihren Versicherten präventive Maßnahmen wie z.B. die Vorbereitung auf den Ruhestand an. Bei einer Teilnahme werden die Gebühren den Versicherten (teilweise) erstattet. Bei einigen privaten Krankenkassen besteht die Möglichkeit, eine Zusatzversicherung abzuschließen, die präventive und gesundheitsfördernde Angebote einschließt.

■ Ein interessantes Modell ist die Reduktion des Beitragssatzes. Zur Förderung eines integrativen betrieblichen Gesundheitsmanagements erhalten von der AOK Niedersachsen diejenigen Betriebe, die definierte Qualitätskriterien erfüllen, proaktiv eine Reduktion ihres jährlichen Beitragssatzes um einen vollen Monatsbeitrag sowohl für den Arbeitgeberanteil als auch für die einzelnen Beschäftigten, die bei der AOK versichert sind. Das Hauptmerkmal dieses wissenschaftlich begleiteten Projekts ist, dass Arbeitsplatz und Arbeitsbedingungen so ausgestaltet werden, dass sie eine „Quelle der Gesundheit und nicht der Krankheit“ werden.

Einen anderen Weg wählte eine private Schwei-

GERALD WEISS:

Eine **starke Lobby** in der Arbeitswelt der Zukunft

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe anlässlich der Feier in der hessischen Landesvertretung am 29. Januar, bei der Angela Merkel die Festansprache hielt:

Aus einem Treffen der „Arbeitnehmerabgeordneten“ der CDU/CSU 1952 in Königswinter entwickelte sich im Laufe der Jahre die „Arbeitnehmergruppe“. Norbert Blüm hat sie die „Parlamentarische Speerspitze der Christlich-Sozialen“ genannt. Heute gehört ihr knapp ein Drittel der Fraktion an.

50 Jahre nach dem ersten Treffen begeht die Arbeitnehmergruppe ihr Jubiläum mit großem Stolz und Selbstbewusstsein. Alle wichtigen Gesetze auf dem

Gebiet der Arbeits-, Sozial- und Familienpolitik tragen die Handschrift der Christlich-Sozialen – vom Betriebsverfassungsgesetz 1952 bis hin zu den Gesetzen zur Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, von der dynamischen Rente über das Erziehungsgeld bis hin zur sozialen Pflegeversicherung.

Bei allem Selbstbewusstsein – zur Selbstzufriedenheit besteht kein Anlass. Wir werden die Hände nicht in den Schoß legen. So gilt es, die sozialen Sicherungssysteme durch mehr Eigenverantwortung zu reformieren. Dabei darf allerdings die Solidarität zwischen starken und schwachen Schultern nicht auf der Strecke bleiben.

zer Krankenversicherung (innova: Sanvita). Sie bietet eine Prämienersparnis von bis zu 20% für Nichtraucher an. Ausgeschlossen sind dabei Leistungen für Krankheiten und Gesundheitsstörungen, die durch Tabakkonsum verursacht werden.

Das Thema Zuzahlungen wird in Zukunft im deut-

schen Gesundheitswesen einen weitaus größeren Raum in Anspruch nehmen als bisher. Generell ist zu überlegen, Versicherte, die sich verantwortungsbewusst im Sinne der Prävention verhalten, in den betreffenden Leistungsbereichen ganz oder teilweise von Zuzahlungen freizustellen.



NPD-VERBOT

Rechtsextreme Partei in Siegeslaune

Nach der Panne im NPD-Verbotsverfahren wegen eines V-Mannes des Verfassungsschutzes ist die rechtsextreme Partei in Siegeslaune. „die Partei kann jetzt wieder mit mehr Kraft arbeiten“, verkündete voller Freude der NPD-Bundvorsitzende Udo Voigt. Viele Glückwunsch-Telegramme seien bei ihm eingegangen. Jetzt will die NPD auch in den Bundeswahlkampf ziehen. Wegen des zu erwartenden Verbotsprozesses hatte sie den Antritt zu den Wahlen im Herbst gefährdet gesehen. Berliner Zeitung

Auch noch Wahlkampf- kostenerstattung

Das hat der NPD zu ihrem Glück gerade noch gefehlt: dass die Verfassungsorgane, die ihr mit dem Verbotsverfahren schon monate-

lang zu nie da gewesener Publizität verhalfen, sich nun auch noch untereinander in die Haare geraten. Obendrein noch die Aussicht, dass die Neonazi-Partei zur nächsten Bundestagswahl doch noch einmal antreten und auch wieder mit einer Wahlkampfkostenerstattung rechnen kann, weil mit einem Abschluss des Verbotsverfahrens vor der Sommerpause nicht mehr zu rechnen ist.

Frankfurter Allgemeine

Desaster

Es ist in mehrfacher Hinsicht ein Desaster. Die Bundesregierung hat sich mit der Panne beim NPD-Verbot bis auf die Knochen blamiert. Die höchsten Richter der Republik stecken jetzt in der Zwickmühle und müssen entscheiden, ob sie den NPD-Prozess völlig platzen lassen. Und die Rechtsextremisten triumphieren, weil sie die Demokratie wieder einmal lächerlich machen und den Vorfall propagandistisch ausschlachten können. In seltener Ein-

mütigkeit haben Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat beim Verfassungsgericht das Verbot der NPD beantragt. Jetzt zeigt sich, dass dies ein Fehler war. Einige Staatsrechtler waren von Anfang an skeptisch, ob die dünne Beweislage für ein Verbot der Partei überhaupt ausreicht.

Sächsische Zeitung

Schily in der Tinte

Der Sheriffstern des gnadenlosen Innenministers Otto Schily hat braune Flecken bekommen – und die Schadenfreude ist groß. Nicht nur bei der Opposition, auch in den eigenen Reihen. Grüne, denen Schily in den vergangenen Monaten Kröte um Kröte zu schlucken gegeben hatte, aber auch sozialdemokratische Politiker, die unter der hochfahrenden Art ihres Genossen gelitten haben, können ihr Frohlocken kaum verbergen: Ausgerechnet dieser von Selbstzweifeln nie angekränkelte Mann sitzt nun so tief in der Tinte. Stuttgarter Zeitung

OFFENSIV

Gekonnt

Mit feinem Gespür erkennt der hessische Ministerpräsident Stimmen und Stimmungen. In der Arbeitsmarktpolitik ist Koch gleichsam Schröder und Riester in einer Person: Er wittert Themen wie der Bundeskanzler, beherrscht sie inhaltlich wie der Bundesarbeitsminister – und bringt beiden gekonnt zusammen. In diesem Sinn ist seine Wisconsin-Offensive ein großer Wurf: Dem Missmanagement in der Arbeitsvermittlung, dem mangelnden Elan vieler Arbeitsloser will er mit einem „Offensiv-Gesetz“ begegnen, das die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenlegen und entrümpeln würde. Der Vorstoß kann Schwung in eine festgefahrene Politik bringen, zumal Rot-Grün mit dem Job-Aktiv-Gesetz im Förderungsgestrüpp hängen geblieben ist. Dagegen nun Koch: Eine abgespeckte Arbeitslosen- und Sozial-

hilfe aus dem einem Topf – das ist konsequent, ebenso das massive Umschichten von staatlicher Hilfe für vorübergehende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf die konkrete Arbeitseingliederung.

Süddeutsche Zeitung

A 400 M

Verstoß gegen die Verfassung

Die Winkelzüge der rot-grünen Bundestagsmehrheit zur Bezahlung der neuen Airbus-Transportflugzeuge offenbaren nicht nur die dramatische Unterfinanzierung der Bundeswehr. Sie verstoßen auch gegen Prinzipien der Verfassung, wonach die Staatsausgaben in einem ordentlichen Haushaltsgesetz durch das Parlament bestimmt werden müssen. Nachdem die Regierung für die Flugzeuge mindestens 3,5 Milliarden Euro zu wenig eingeplant hatte, wäre nun also ein Nachtragshaushalt nötig. Es ist das Königsrecht des

Bundestags, über den Staatshaushalt zu beschließen. Der Politikstil der Koalition blamiert den Bundestag – als Gremium, auf das es scheinbar nicht ankommt, weil die wichtige Politik in Konsens- und Kungehrunden von Kanzlers Gnaden stattfindet. Die Missachtung des Parlaments durch die Regierung hat fast schon Methode.

Rheinische Post

STABILITÄT

Hohle Argumente

Ausgerechnet Deutschland könnte jetzt als erstes Land eine Verwarnung auf der Grundlage des Stabilitätspakts erhalten. Berlins Argumente scheinen ziemlich hohl. Sogar das chronisch defizitäre Italien hat es geschafft, Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten. Ohne ein strenges Vorgehen würden die Vorteile des gemeinsamen Euro-Währung bald verspielt sein.

El Mundo (Madrid)

Am Anfang des Jahres schon spürbar in **Wahlkampfstimmung**

Schon seit 14 Jahren ist der Neujahrsempfang der Bremer CDU der größte in der CDU und inzwischen zum traditionellen Großereignis in der Hansestadt geworden. Ehrengast war diesmal der Vorsitzende der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Friedrich Merz.

Landeschef Bernd Neumann nahm gleich zum Auftakt die Gelegenheit wahr, die Stimmung der rund 3000 Gäste auf den Punkt zu bringen. „Seit der Entscheidung in der K-Frage wird die Stimmung in der Union immer besser“, stellte er fest.

Als sehr erfolgreich bezeichnete Neumann die Arbeit der großen Koalition in Bremen und dort besonders im Bereich der Wirtschafts-

politik. Hier kann Bremen, auf ein deutlich besseres Wachstum als im Bund sowie auf die Schaffung zahlreicher neuer Arbeitsplätze verweisen. Wenn die CDU wie in Bremen für Wirtschaft, Finanzen und innere Sicherheit zuständig sei, dann führe dieses aufgrund ihrer Kompetenz zu deutlich besseren Ergebnissen als bei den Sozialdemokraten, so der Bremer Landeschef.

Dass die CDU die Bundestagswahl gewinnen will, daran ließ auch Friedrich Merz in seiner Rede keinen Zweifel. Schonungslos legte er in einer kämpferischen Rede den Finger in die Wunden des politischen Gegners. Er griff die Bundesregierung auf allen Politikfeldern an. Schwerpunkte waren die Versäumnisse von Rot-Grün in den Bereichen Wirtschafts- und Steuerpolitik sowie die längst überfällige Reform der sozialen Sicherungssysteme. Um die Beschäftigungskrise zu überwinden, sei es unbedingt erforderlich – so der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion –, dass kleine und mittlere Unternehmen gestärkt würden. Bei einem Wahl-



Foto: Frank Pusch

sieg kündigte er ein Umsteuern an. „Wer arbeiten will, verdient Unterstützung. Wer dies aber nicht will, hat die Solidarität des Staates verwirkt.“

Mit Mißtrauen quittierte er die Ankündigung der SPD, Rot-Rot werde es im Bund nicht geben: „Davon glaube ich kein Wort.“ Und in Richtung Franz Müntefering sagte er: „Als Willi Brandt das große Wort sagte: ‚Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört‘, hat er Deutschland gemeint – nicht SPD und PDS.“

Auf die engagierten Rede von Friedrich Merz revidierten sich die begeisterten Gäste des CDU-Neujahrsempfangs mit langanhaltendem Beifall. **UD**

ZUM 60. GEBURTSTAG

hat Angela Merkel dem Landesvorsitzenden gratuliert: „Bernd Neumann ist ein Mensch, der sich nicht in Schubladen stecken lässt. Er zeichnet sich in allen Fragen durch klare Sprache aus. Ich wünsche ihm für die kommenden Jahre viel Kraft – auch manchmal zu einem bisschen Unschärfe.“

URKUNDEN, EHRENABZEICHEN

Urkunden

„25 Jahre CDU-Mitglied

Best.-Nr.: 0396

„40 Jahre CDU-Mitglied

Best.-Nr.: 0644

„50 Jahre CDU-Mitglied

Best.-Nr.: 0071

DIN A4

50 Expl.: 6,14 €



Ehrenabzeichen der CDU

10 Expl.: 8,95 €



Urkunde ohne Jahresangabe

DIN A4

Best.-Nr.: 0097

50 Expl.: 6,14 €

Ehrenabzeichen Bronze

„25jährige CDU-Mitgliedschaft

Best.-Nr.: 0233

Urkunde

„Für besondere Verdienste

DIN A4

Best.-Nr.: 0449

50 Expl.: 6,14 €

Ehrenabzeichen Silber

40jährige CDU-Mitgliedschaft

Best.-Nr.: 0235

Ehrenabzeichen Gold

„50jährige CDU-Mitgliedschaft

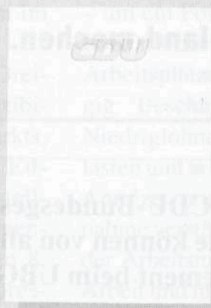
Best.-Nr.: 0237

Mappen für Ehrenurkunden mit CDU-Logo-Prägung

DIN A4

Best.-Nr.: 0247

25 Expl.: 12,27 €



BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH

– IS-Versandzentrum –

Postfach 1162,33759 Versmold

Telefax 05241-8041892

e-mail:

cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen

UBG

Union Betriebs Gm
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Po
Entgelt bezahlt.

2600-5-42720AKV

481/ 45
G 8398

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Postfach 12 60

Die neue Wandzeitung



Gemeinsam mehr aus Deutschland machen.

CDU

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie können von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.